

Stand 29.04.2013

---

Dieses Dokument gilt ergänzend zum Positionspapier Informationsgesellschaft und führt konkrete aktuelle Forderungen der BDP zu diesem Thema auf.

## **Mobilfunkgrenzwerte an europäisches Niveau anpassen**

### **Forderung:**

Die BDP hatte im Jahr 2010 mit einem Fraktionspostulat eine Optimierung der Mobilfunkgrenzwerte gefordert: Zudem wurde die Prüfung einer Erleichterung der Bau- und Planungsgesetze bei der Einführung neuer Mobilfunkfrequenzen und -technologien gefordert. Diese könnte dazu beitragen, das Mobilfunknetz nicht nur an die rasant steigenden Ansprüche in Bezug auf Datenvolumen und Qualität anzupassen, sondern insbesondere auch im Bereich des Immissionsschutzes zu optimieren. Das Postulat wurde nicht erledigt abgeschlossen, weil die Frist ablief. An der Forderung hält die BDP dennoch fest.

### **Begründung:**

Die heute in der Schweiz geltenden strengen Grenzwerte im Bereich des Mobilfunks wurden vor zehn Jahren eingeführt, um der unklaren Faktenlage betreffend die Gefährlichkeit der Strahlenbelastung Rechnung zu tragen. Inzwischen belegen zahlreiche Studien, dass der einzelne Handynutzer durch sein eigenes Funktelefon einer umso grösseren Strahlenbelastung ausgesetzt wird, je schwächer das Signal ist, welches die Mobilfunkstation auf sein Endgerät übermittelt. Um diese Strahlenbelastung zu reduzieren, wären deshalb unter Umständen höhere Grenzwerte für Mobilfunkanlagen sinnvoll.

Doch gerade die heute in der Schweiz geltenden strengen Grenzwerte sind es, welche oftmals den Ausbau bereits bestehender Mobilfunkstandorte verhindern. Das führt zu Verzögerungen bei der Einführung effizienterer und unter Umständen sicherer Technologien, schlägt sich zudem in - im europäischen Vergleich - hohen Endkundenpreisen nieder und wirkt sich damit auch nachteilig auf den Wirtschaftsstandort Schweiz aus.

## **Nationales Kompetenzzentrum für ICT Sicherheit**

### **Forderung:**

Der Bundesrat wird aufgefordert, ein nationales Kompetenzzentrum für Sicherheit im Bereich der ICT zu schaffen.

### **Begründung:**

Die Bedrohungen aus dem Internet sind eine Realität und tagtägliches Brot für die IT-Verantwortlichen in vielen Unternehmen. Die Informationen über neue Computerviren und Lücken in Systemen fließen – viele Firmen haben untereinander Kontakt, um die Abwehr zu koordinieren. Es fehlt jedoch eine nationale Stelle, welche den Überblick hat und koordiniert. Die vielen dezentralen Stellen, welche heute existieren, verhindern schnelles und effizientes Handeln. Ein solches Kompetenzzentrum soll eng mit Providern und der Privatwirtschaft zusammenarbeiten, unter anderem mit Switch, CSC, Swisscom und BIT. Dieses Kompetenzzentrum soll des Weiteren branchenspezifische Roundtables organisieren und den Informationsaustausch zwischen Industrie, Bund und Kantonen im Bereich ICT Sicherheit fördern. Sollte diese Stelle Lücken in den Gesetzen feststellen, sollen entsprechende Verbesserungsvorschläge zuhanden des Gesetzgebers ausgearbeitet werden. Insbesondere sollen Möglichkeiten erörtert werden, wenn die Strafverfolgungsbehörden im Kampf gegen die Cyberkriminalität unterstützt werden können. Die internationale Zusammenarbeit soll ebenfalls über dieses Kompetenzzentrum organisiert werden.

## **Stossrichtung Festnetzinfrastruktur überprüfen**

### **Forderung:**

Es soll überprüft werden, wie der weitere Ausbau der Festnetzinfrastruktur vorangetrieben werden kann. Es sollen die Szenarien „Total liberalisierter Markt“ und „Aufteilung in Netze und Services“ einander gegenübergestellt werden.

### **Begründung:**

Der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur ist sehr kostenintensiv. Fiber to the home bedingt oftmals auch Grabenarbeiten und diese sind sehr teuer. Verschiedene Akteure verlegen heute Kabel: Festnetzbetreiber, Kabelfernsehen, aber auch die Elektrizitätswerke. Nicht zuletzt für das Smartgrid, welches mit der Energiewende flächendeckend eingeführt werden soll, werden die EWs in alle Haushalte Kommunikationskabel legen. Hier könnten sich Synergien anbieten. Es macht wenig Sinn, wenn die Schweiz für parallel verlegte Kommunikationskabel ein Vermögen ausgibt. Es soll geprüft werden, ob nicht regional jeweils ein Unternehmen für die Netzinfrastruktur zuständig sein soll, welches die Infrastruktur allen Serviceanbietern zur Verfügung stellt. Damit könnte verhindert werden, dass viel Geld in einen Infrastrukturwettbewerb fliesst, der die Preise in die Höhe treibt. Der BDP sind günstige Kommunikationstarife wichtig. Daher sollen diese Szenarien geprüft werden.

## **ICT Netze e-Health tauglich machen**

### **Forderung:**

Der Bundesrat wird gebeten zu prüfen, wie die Schweizer Kommunikationsnetze auszubauen sind, um sie e-Health-tauglich zu machen.

### **Begründung:**

Das Gesundheitswesen hat in den letzten Jahren einen starken medizinisch-technologischen Fortschritt erlebt. Derzeit laufen die Planungen für die Einführung von elektronischen Patientendossiers. Umständliche Prozesse können damit wesentlich vereinfacht werden. Diese Technologie wird kommen. Die Schweiz sollte als fortschrittliches Land im Bereich e-Health eine führende Rolle übernehmen. In Zukunft dürften viele chronisch kranke Einwohner dieses Landes mit Applikationen auf modernen Breitbandnetzen @home behandelt werden. Die dazu notwendigen Netze müssen jedoch vorhanden sein. Damit könnten die Kosten im Gesundheitswesen gesenkt werden, weil Patienten so zu Hause behandelt werden können.

## **Datenschutzbestimmungen für eGovernment**

### **Forderung:**

Damit die Zusammenarbeit zwischen den Behörden für eGovernment effizient gestaltet werden kann, sollen die Datenschutzbestimmungen überdacht werden.

### **Begründung:**

Mit eGovernment soll der Kontakt zwischen Privaten und Behörden und zwischen den verschiedenen Behörden untereinander effizienter gestaltet werden. Zum Teil ist jedoch aufgrund von Datenschutzbestimmungen keine effiziente Lösung möglich. So wird die Verwendung der AHV Nummer zur eindeutigen Identifizierung einer Person in Frage gestellt. Die Swiss ID wird schon oft verwendet. Daher soll überprüft werden, wo Datenschutzbestimmungen gelockert werden sollten, um ein effizienteres eGovernment aufbauen zu können und so den Nutzen zu steigern.

## **WiFi im ÖV**

### **Forderung:**

In der Schweiz soll in den öffentlichen Verkehrsmitteln WiFi zur Verfügung stehen.

### **Begründung:**

Verschiedene Busse und Züge sind bereits mit WiFi ausgerüstet. Die beiden Basler Verkehrsbetriebe hängen derzeit die Restschweiz punkto WiFi ab: Bei den BLT surfen bereits gegen 5000 Personen in den Trams, die BVB wollen als erster städtischer ÖV-Anbieter der Schweiz drahtloses Internet in allen Fahrzeugen anbieten. Davon können ÖV-Benützer in anderen Schweizer Städten leider nur träumen. Denn bei den Zürcher VBZ ist Wifi kein Thema, wie auch bei der Bernmobil nicht. Neben Basel hört man

derzeit nur aus St. Gallen und Genf gewisse Sympathien für das ÖV-WiFi. In St. Gallen wollen die Stadtwerke bald in Bussen erste Wifi-Hotspots einbauen. Bei den SBB sollen 2014 erste Kompositionen mit WLAN ausgerüstet werden, während die Postauto AG vorangeht und bereits viele Busse mit WiFi ausgerüstet hat.

Um den öffentlichen Verkehr attraktiver zu gestalten und das Arbeiten im ÖV zu ermöglichen, sollen möglichst alle öffentlichen Verkehrsmittel mit WiFi ausgerüstet werden.

### **IT Lehrstühle wo sinnvoll**

Forderung:

Die BDP fordert, dass genügend IT-Lehrstühle an Hochschulen vorhanden sind, um die Ausbildung an IT Fachkräften voranzutreiben.

Begründung:

Gemeinsam sind die Wirtschaft, der Staat und der Bildungssektor darum besorgt, dass die Schweiz als Standort für internationale Unternehmen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie interessant ist. Insbesondere die MINT-Fächer sollen an den (Hoch-) Schulen gefördert werden, damit die Nachfrage an IT-Spezialisten auch in Zukunft durch Schweizer Arbeitskräfte gedeckt werden kann. Dies bedingt auch, dass entsprechende IT-Lehrstühle an den Hochschulen geschaffen werden, wo noch keine vorhanden sind. Auch sind PPP-Modelle (Public-Private-Partnership) in Betracht zu ziehen, um geeignete Lösungen zu finden. Die Wirtschaft hat ein grosses Interesse daran, auch weiterhin geeignete Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu rekrutieren. So muss auch sie sich an der bestmöglichen Ausbildung solcher Fachkräfte beteiligen. In diesem Sinne ist auch die Wichtigkeit der Berufsbildung in diesem Gebiet zu betonen, die es schnell ermöglicht, Arbeitskräfte auch für neue Berufe bereit zu halten.